

II-2269 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 20. März 1973

Re. 1149/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dipl.Ing.Hanreich  
und Genossen,  
an die Frau Bundesminister für Gesundheit und  
Umweltschutz,  
betreffend Vorgangsweise der Gesundheitsbehörden  
bei Verdacht eines Verbrechens.

Wie aus Zeitungsmeldungen hervorgeht, erlitten  
zweilundzwanzig Gäste eines Hochzeitsessens, welches  
kürzlich in einem bekannten St.Pöltner Hotel stattfand,  
schwere und zum Teil lebensgefährliche Vergiftungen.  
Im Zuge der daraufhin eingeleiteten gesundheitsbehörd-  
lichen Untersuchungen stellte sich heraus, daß der  
Leitung des Hotels einige Tage vor dem Hochzeitsessen  
eine anonyme Drohung zugegangen war.

Gerade dieser Umstand hätte es naheliegend erscheinen  
lassen, unmittelbar nach dem Vorfall sogleich Polizei  
und Staatsanwaltschaft einzuschalten. Statt dessen be-  
gnügten sich die Gesundheitsbehörden laut den erwähnten  
Zeitungsmeldungen tagelang mit der Durchführung eigener  
Untersuchungen, was in der Folge die polizeilichen Er-  
hebungen wesentlich erschwert hat.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die  
Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz die

A n f r a g e :

- 1) Welchen Zeitraum haben die mit dem gegenständlichen  
Fall befaßten Gesundheitsbehörden für die notwendigen  
Untersuchungen benötigt?
- 2) Wie lautet das Ergebnis dieser Untersuchungen?
- 3) Wann erfolgte die Einschaltung von Polizei und Staats-  
anwaltschaft?
- 4) Falls die Beantwortung der Fragen 1 - 3  
den eingangs wiedergegebenen Sachverhalt  
bestätigen sollten: Wie erklären Sie diese  
Haltung der Gesundheitsbehörden, bzw. was  
werden Sie veranlassen, damit derartige Ver-  
säumnisse sich in Zukunft nicht wiederholen?